



bpa Arbeitgeberverband newsticker

Wirtschaftliche Vernunft setzt sich durch – Tarifausschuss in Bremen stimmt gegen Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrags für Pflegeschüler

Der Tarifausschuss beim Senator für Arbeit der Hansestadt Bremen hat heute nach langer Diskussion und erst im zweiten Sitzungstermin gegen die Allgemeinverbindlichkeit (AVE) des „Tarifvertrags über die Ausbildungsbedingungen in der Altenpflege Bremen“ gestimmt. Für den bpa Arbeitgeberverband ist dies ein großer Erfolg. Der Verband und die Bremer Landesgruppe des bpa e.V. hatten in den vergangenen Wochen und Monaten gemeinsam vehement gegen eine AVE dieses Tarifvertrags argumentiert und dabei sowohl auf die fehlenden rechtlichen Rahmenbedingungen als auch auf die negativen wirtschaftlichen Konsequenzen einer AVE hingewiesen. Rainer Brüderle, der Präsident des bpa Arbeitgeberverbands sagte in einer ersten Stellungnahme: „Auch kleinere Einrichtungen können jetzt weiter ausbilden und müssen nicht befürchten für ihr Engagement in der Ausbildung junger Menschen bestraft zu werden. Deshalb ist die heutige Entscheidung ein Sieg der wirtschaftlichen Vernunft zum Wohle der Bremer Jugendlichen“, so Brüderle weiter.

Das gesamte AVE-Verfahren fand – was sehr ungewöhnlich ist – unter starker öffentlicher Beobachtung statt. Gerade die Gewerkschaft ver.di aber auch die Vertreter der Bremer Wohlfahrtsverbände hatten immer wieder die Öffentlichkeit gesucht, um für ihr Vorhaben zu werben. Dass es ihnen in Wirklichkeit in erster Linie nicht darum ging, die Ausbildungsbedingungen für junge Menschen in Bremen zu verbessern, sondern vielmehr darum, einen Einheitspflegemarkt in Bremen zu schaffen, hatten sie stets geschickt verschwiegen.

Am Ende siegte im Tarifausschuss jedoch die Einsicht, dass es gar keines allgemeinverbindlichen Tarifvertrags für Pflegeschüler bedarf, um deren Ausbildungsbedingungen zu verbessern. Die Vergütung von Auszubildenden orientiert sich schon heute in aller Regel am Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst, dabei ist eine maximale Unterschreitung von 20 Prozent des Gehaltsniveaus zulässig. Diese Flexibilität ermöglicht es gerade kleinen Einrichtungen, Ausbildungsplätze zu schaffen, Jugendlichen eine Berufs- und Lebensperspektive zu geben und so für die Fachkräfte von morgen zu sorgen.

Tatsächlich hätte die zwangsweise Anwendung des genannten Tarifvertrags für weniger Wettbewerb auf dem Bremer Pflegemarkt gesorgt. „Zum Einheitslohn wäre bald das Einheits-

grau in der bremischen Pflege gekommen. Weniger Wettbewerb hätte weniger Vielfalt, weniger Wahlmöglichkeiten für die Patientinnen und Patienten bedeutet und mittel- bis langfristig deutliche Einbußen in der Qualität der Pflege bis hin zu einem Abbau an Pflegeplätzen geführt“, hatte der Vizepräsident des bpa Arbeitgeberverbandes, Bernd Meurer, stets gesagt und vor der AVE dieses Tarifvertrags gewarnt.

Der bpa Arbeitgeberverband sah schon vor dieser Entscheidung die Voraussetzungen für eine AVE nicht gegeben. Es waren weder die Bedingungen der überwiegenden Bedeutung (dazu sollen mindestens 50 Prozent aller betroffenen Arbeitnehmer durch den Tarifvertrag erfasst sein; hier sind es maximal 24 Prozent) noch einer wirtschaftlichen Schieflage erfüllt. Der Verband war hier nicht allein. Nahezu allen privaten und kommunalen Arbeitgeber hatten sich mit dieser oder anderer Begründung gegen die AVE des Tarifvertrags für die Bremer Pflegeschüler ausgesprochen.

Mitte November scherte der Arbeitgeberverband Pflege (AGVP) unter seinem Präsidenten Thomas Greiner dann vollkommen unerwartet aus der Gruppe der Kritiker der AVE aus und kündigte an, mit der ver.di über einen bundesweiten Tarifvertrag für Pflegeschüler verhandeln zu wollen. Wie nicht anders zu erwarten war, wurde diese Ankündigung zu Wasser auf den Mühlen der ver.di und der anderen Befürworter von allgemeinverbindlichen Tarifverträgen in der Pflegebranche. Glücklicherweise fand Greiners Statement offensichtlich keinen Widerhall im Bremer Tarifausschuss. Es bleibt nun abzuwarten, ob und wie der AGVP seine Ankündigung umsetzt.

Am 10.12.2015 wird in Hannover der niedersächsische Tarifausschuss zusammen kommen und über die AVE des wortgleichen „Tarifvertrags über die Ausbildungsbedingungen in der Altenpflege Niedersachsen“ beraten und entscheiden. Es bleibt zu hoffen, dass die Entscheidung des Bremer Tarifausschusses Signalwirkung für den Tarifausschuss in Hannover haben wird. Über den weiteren Verlauf der Ereignisse werden wir Sie auf dem Laufenden halten.

Im Attachment finden Sie einen Gastbeitrag des Präsidenten des bpa Arbeitgeberverbands, Rainer Brüderle, zum oben genannten Tarifvertrag, der heute im Bremer Weser Kurier veröffentlicht wurde. Ferner finden Sie dort auch die aktuelle Pressemitteilung des bpa Arbeitgeberverbands von heute Morgen.

Webimpressum